

U20

Ausser Kontrolle

Konzentriert löse ich eine Aufgabe nach der anderen, um für die Mathematikprüfung gut vorbereitet zu sein. Der abschweifende Blick zu meinem iPhone erfolgte bereits nach wenigen Minuten das erste Mal. Nach einer halben Stunde kann ich beim besten Willen nicht mehr widerstehen. Mit einem schlechten Gewissen scrolle und like ich mich durch die Social Media. Es interessiert mich nicht im Geringsten, ob Katrin mit ihrem Hund spazieren war, Roman seit drei Monaten den Vegi-Lifestyle lebt oder ob Bernd an einer Klimademo war. Dennoch ist es unerklärlich verlockend, die Zeit so vergehen zu lassen.

Der unbewusste Griff zum Handy kommt immer öfter. Man sitzt alleine im Bus, ist von den vielen «Franzwörtli» überlastet, wartet auf das Essen im Restaurant oder geduldet sich, bis der Tatort nach all den Werbesequenzen anfängt. Dies alles sind verführerische Gelegenheiten, um das «Zücken» geschehen zu lassen. Wenn ich Sie frage, wie oft Sie täglich auf Ihr Handy schauen, würden viele von Ihnen wahrscheinlich sagen, dies geschehe ab und zu, vielleicht 15- bis 20-, höchstens 30-mal pro Tag. Ein deutscher Forscher fand heraus, dass wir unser Handy durchschnittlich 88-mal pro Tag aktivieren. Ausgehend davon, dass ein Mensch acht Stunden schläft, würde man alle elf Minuten aufs Handy schauen. Wann und wieso geschehen die 58 von Ihnen nicht erwähnten Aktivierungen?

Der unbewusste Drang, einen kurzen Blick auf sein Smartphone zu werfen, findet seinen Ursprung in ausgeklügelten Algorithmen, die das Fundament für den unermesslichen Erfolg der zahlreichen Apps bilden, die man auf dem Handy hat. Um diesen Drang so häufig wie möglich zu befriedigen, ist es zur Gewohnheit geworden, sein Mobilgerät immer und überall mit sich zu tragen. Von der Digitalisierung zunächst aufgebaut und später vorangetrieben, ist dieses Verlangen zu einem omnipräsenten, gesellschaftlichen Problem herangewachsen. Abschliessend behaupte ich darum, dass dies die aktuell meist verbreitete Sucht des 21. Jahrhunderts ist.



Linus Bürgi (16), Zug

Hinweis

In der Kolumne U20 äussern sich Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Zug zu einem frei gewählten Thema.

Online mitwirken wegen Corona

Aufgrund des aktuellen Versammlungsverbots mussten Veranstaltungen zur Ortsplanungsrevision in Unterägeri abgesagt werden. Die Gemeinde holt die Bevölkerung deshalb auf dem digitalen Weg ab.

Vanessa Varisco

In Unterägeri geht man bezüglich der Mitwirkung bei der Ortsplanung neue Wege. Geplant war ursprünglich, dass Mitte März eine erste Information mit den politischen Parteien stattfindet. Ende des Monats sollte dann eine öffentliche Information folgen. Aufgrund der beschlossenen Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus war dies aber nicht möglich. Deshalb hielt die Gemeinde schnell Ausschau nach Alternativen, wie Kommunikationsbeauftragte Joëlle Guldin Auskunft gibt. «Denn ohne diese Schritte wären wir blockiert gewesen», erklärt sie. In Zusammenarbeit mit dem Zuger Start-up Konova wurde daher eine Website und eine E-Mitwirkung (siehe Hinweis) aufgeschaltet.

Auf der Website sind zahlreiche Informationen zur Ortsplanungsrevision zu finden, wie etwa der zeitliche Ablauf und Schwerpunkte. Ausserdem werden häufig gestellte Fragen beantwortet und ab Montag werden zusätzlich Informationsvideos verfügbar sein. «Kurzzeitig war es sicherlich Aufwand, doch uns war es wichtig, die Bevölkerung trotz der aktuellen Lage schnell wieder abzuholen», betont Guldin. Mit der Website erhofft man sich zudem, auch jüngere Unterägerer zu erreichen. «Wir können uns gut vorstellen, dass vor allem die jüngere Bevölkerung zu einer digitalen Mitwirkung einen einfacheren Zugang findet und somit schliesslich ein grösserer Teil der Bevölkerung mitreden kann», erwägt die Kommunikationsbeauftragte.

Erste Rückmeldungen fielen positiv aus

Die Mitwirkung ist ab Dienstag aufgeschaltet. Die Teilnehmer können dort verschiedene Fragen rund um die Entwicklung ihrer Gemeinde beantworten. Dabei gibt es neben Multiple-Choice-Fragen auch leere



Die Gemeindeverwaltung schlägt in Sachen Ortsplanungsrevision neue Wege ein.

Bild: Matthias Jurt (Unterägeri, 24. April 2020)

Felder, bei denen die Teilnehmer nicht an vorgegebene Antworten gebunden sind, sondern ihre Anliegen frei ausformulieren können. Getestet wurde diese Mitwirkung bereits mit den politischen Parteien. «Die Rückmeldungen sind positiv ausgefallen», weiss Joëlle Guldin. Weshalb die Gemeinde sich dann bald entschieden habe, diese Mitwirkung auch für die Bevölkerung zugänglich zu machen.

Alles, so der Plan, soll dann aber doch nicht im digitalen Raum stattfinden. Sofern es die Situation zulässt, findet Ende August eine Ortsplanungskon-

«Wir können so im ständigen Dialog mit der Bevölkerung bleiben.»

Joëlle Guldin
Kommunikationsbeauftragte

ferenz statt, bei welcher Interessierte physisch anwesend sein werden. «Dort soll der Dialog auch in Kleingruppen stattfinden», erläutert Guldin. Denn der direkte Austausch bleibe nach wie vor wichtig für die Ortsplanungsrevision.

Die Gemeinde ist überzeugt, eine gute Lösung gefunden zu haben. Denn die Website und E-Mitwirkung soll auch noch in Verwendung bleiben, wenn Versammlungen wieder möglich sind. Nach Veranstaltungen etwa wird die Bevölkerung die Möglichkeit haben, ein Feedback zu hinterlassen. Wer sich einmal registriert hat, wird im-

mer wieder über neue Möglichkeiten ein Feedback abzugeben, informiert. «Wir können so in einem ständigen Dialog mit der Bevölkerung bleiben. Das ist entscheidend», spricht Joëlle Guldin für den Unterägerer Gemeinderat. Dass die Informationen auf der Website gebündelt werden, sei ein weiterer Vorteil.

Hinweis

Weitere Informationen gibt es auf www.ortsplanung-unteraege-ri.ch. Die nächste Ortsplanungskonferenz ist abhängig von der Coronasituation am 29. August geplant.

Geschwindigkeitskontrollen in Morgarten

Der Regierungsrat nimmt Stellung zu einer Kleinen Anfrage der SVP-Fraktion.

Die SVP-Fraktion Zug reichte am 20. Februar eine Kleine Anfrage betreffend Geschwindigkeitskontrollen beim Zuger Regierungsrat ein. Dabei handelt es sich um Fragen rund um die Stationierung einer Geschwindigkeits-Messanlage an der Sattelstrasse 25 bis 27 in der Gewerbezone Morgarten Anfang Dezember 2019.

Die Stellungnahme des Regierungsrats liegt nun vor. Die SVP-Fraktion wollte wissen, aufgrund von welchen Parametern der Messstandort in Morgarten festgelegt worden sei. Falls der Regierungsrat als Antwort auf ein Begehren aus der Bevölkerung, einer Gemeinde oder des Bundesamtes für

Strassen (Astra) verweise, möge er zum Inhalt des Begehrens nähere Ausführungen machen, forderte die SVP.

Riskante Überholmanöver am Messstandort

«Der Messstandort in Morgarten überwacht einen Bereich mit drei teilweise unübersichtlichen Einmündungen», schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme. Im überwachten Bereich bestehe neben Privat- und Ausflugsverkehr auch Schwer- und Landwirtschaftsverkehr. Zudem sei die Strecke eine beliebte Route für Motorräder, vor allem solange die Pässe noch nicht offen seien. «Die Zuger Polizei hat festgestellt,

dass das Zusammentreffen dieser Fahrzeug- und Verkehrsarten zu riskanten Überholmanövern – zum Teil auch über die Sperrfläche hinaus – führt», erläutert der Regierungsrat das Vorgehen.

Zwei Unfälle in den letzten fünf Jahren

Die Frage der SVP, wie oft in den letzten fünf Jahren an diesem Standort eine Geschwindigkeits-Messanlage stationiert worden sei und wie hoch die Erträge der Bussen ausgefallen seien, beantwortete der Regierungsrat folgendermassen: «In den letzten fünf Jahren wurden fünf Messungen durchgeführt, wobei ein Busenbetrag von 100880 Franken

verzeichnet wurde.» Weiter wollte die SVP-Fraktion wissen, wie oft es an diesem Standort im gleichen Zeitraum zu Unfällen gekommen sei, wobei sie eine Präzisierung nach Art der Unfälle sowie der involvierten Verkehrsteilnehmer verlangte.

Es sei in den letzten fünf Jahren zu zwei Unfällen in diesem Bereich gekommen, erwiderte der Regierungsrat. «Der erste Unfall war ein Schleuder- oder Selbstunfall, bei dem ein Personwagen gegen ein Hindernis ausserhalb der Fahrbahn prallte.» Der zweite sei ein Auffahrunfall zwischen zwei Personwagen gewesen.

Cornelia Bisch

Richtplan: Diverse Änderungen

Zug Der Regierungsrat will den Richtplan anpassen. Die Änderungen lagen von August bis Oktober 2019 öffentlich auf. Im Bericht und Antrag zuhanden des Kantonsrats geht es um die Festsetzung des Kiesabbaugebiets Hatwil/Hublethen in der Gemeinde Cham, heisst es in einer Mitteilung des Regierungsrates. Die Anpassung sei unter Einbezug der Vernehmlassungsantworten überarbeitet worden. Zudem stehen Anpassungen im Zusammenhang mit der Abgrenzung des Waldareals sowie mit der Ausscheidung des Gewässerraums an. Der Kantonsrat überweist das Geschäft voraussichtlich Ende April 2020 an die Kommission. Der Entscheid im Kantonsrat fällt voraussichtlich im September. (mua)